

Hamburger

China-Notizen

– Von einem nächtlichen Schreibtisch –

NF 872

1. April 2014



Wissenschaft ohne Freiheit?

Das in Nordrhein-Westfalen geltende Hochschulgesetz trägt die schöne Kurzbezeichnung Hochschulfreiheitsgesetz. Die jetzige rot-grüne Landesregierung will es ersetzen – durch ein sogenanntes Hochschulzukunftsgesetz. Verlästert wird es allerdings schon jetzt als Hochschulentmündigungsgesetz, denn der Entwurf zeigt klar und deutlich, daß die zuständige Ministerin, Svenja Schulze, die Hochschulen ihres Bundeslandes in ein engmaschiges Netz von Planungsvorgaben und Erfolgskontrollen sperren will – als wenn Lehre und Forschung sich in den Wissenschaften genau planen und messen ließen.

In vergleichbarer Weise wollen die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Hamburg ihre Hochschulgesetze erneuern. Dabei kommen den zuständigen Ministerinnen oder Ministern die seltsamsten Ideen. Die in Nordrhein-Westfalen beansprucht für sich das Recht, dem einen oder anderen Fachbereich das Promotionsrecht zu entziehen, während das Hochschulministerium von Schleswig-Holstein sogar einzelnen Fachhochschulprofessoren ein solches zuerkennen möchte. Nach welchen Kriterien das eine oder andere erfolgen soll, das bleibt im Dunkel. Unausgegoren ist das geringste, was sich zu solchen Plänen sagen läßt.

Aufschlussreich ist, daß solche Pläne vor allem in Bundesländern verfolgt werden, die rot-grün oder rot regiert werden. Da überrascht nicht, daß die nicht viel von Wissenschaftsfreiheit halten, denn beide Parteien legen Wert auf Planung und Lenkung auch in Bereichen, die sich ihrem Wesen nach beidem entziehen. Zwei von den drei genannten Bundesländern sind dafür berüchtigt, daß sie ihre Hochschulen seit vielen Jahren überaus unzulänglich finanzieren, und auf Bundesebene ist von der „Bildungsrepublik Deutschland“ des Wahlkampfes in den Koalitionsverhandlungen nichts geblieben: Schall und Rauch.

Deutsche Bildungs- und Hochschulpolitiker sollten sich einmal ansehen, wie in der VR China und deren Provinzen, von denen nicht wenige Partnerschaften mit deutschen Bundesländern eingegangen sind, Bildungspolitik überaus erfolgreich vorangetrieben wird. Ihnen würden oft vor Staunen die Augen aus dem Kopf fallen. Natürlich eignet sich nicht alles dort als Vorbild für die BRD, wohl aber die Grundmaxime chinesischer Bildungspolitik: möglichst viel Geld, möglichst wenig Bürokratie. Damit wurde China zukunftsfruchtig, in Deutschland wird gegenwärtig andersherum gewichtet – angeblich ebenfalls für die Zukunft.

Hochschulpolitik ist in Deutschland seit langem ein Elend. Wer weiß, beispielsweise, wie die für Forschung und Wissenschaft zuständige Bundesministerin heißt? Eben, kein Mensch. Und was hat Svenja Schulz qualifiziert, das entsprechende Ministerium in NRW zu leiten? Immerhin ein achtjähriges Studium der Politikwissenschaft und ein vierjähriges Wirken als Unternehmensberaterin. Letzteres ist ihrem Wirken anzumerken. Da kann ein Hamburger Beobachter bloß erinnernd anmerken, daß ein ehemaliger HH-Hochschulsenator, J. Dräger, ebenfalls von einer Unternehmensberatung in dieses Amt kam. Von den ihm unterstellten Hochschulen hatte er keine Ahnung, und Besuche in ihnen scheute er wie der Teufel das Weihwasser. Zum Ausgleich berief er eine Beratungskommission, in der maßgebliche Mitglieder eine Uni von innen zuletzt vor einem halben Jahrhundert gesehen hatten.

Was dieser Senator und seine Berater konzipierten, das hinterließ nach dem Scheitern ihrer Pläne nur verbrannte Erde. Ministerin Schulze setzt trotz vieler Proteste uneinsichtig und starrsinnig ihren Kurs fort. Allerdings ist sie dabei auf die Ministerialbürokratie angewiesen, der die nächste Notiz gilt.